

Der Einfluss radikaler rechter Parteien (RRP) auf die individuelle EU-Austrittsbereitschaft

Papier für die Jahrestagung des AK „Wahlen und politische Einstellungen“

am 12. und 13.11.2020

– Erster Entwurf –

Abstract

Erhöhen rechtsradikale Parteien (RRP) die Zustimmung in der Bevölkerung zu einem EU-Austritt? Nicht zuletzt die zentrale Rolle von UKIP für den Brexit lässt vermuten, dass das Erstarken der Parteifamilie der RRP EU-skeptische Einstellungen befördert, die bis zur Ablehnung eines Verbleibs in der EU reichen können. Eine systematische empirische Überprüfung dieser Einschätzung steht bisher weitgehend aus, da sich die bestehende Forschung zur Austrittsbereitschaft von EU-Bürgern auf deren Beurteilung des Brexits beschränkt. Mit der Einführung einer Frage nach dem Stimmverhalten bei einem etwaigen Referendum zum EU-Austritt *des eigenen Landes*, ermöglichen die 2016/2017er- und die 2018er-Welle des European Social Survey dieses Forschungsdefizit zu beheben. In der Auswertung dieser 18 EU-Staaten umfassenden Umfragedaten offenbart sich zunächst mit über 80% positiven Voten eine breite Zustimmung der Befragten zum Verbleib in der EU. Tatsächlich zeigen multivariate Analysen aber auch, dass Befragte in Ländern mit einem relevanten Stimmenanteil für RRP häufiger eine Präferenz für den Austritt äußern. Dieser Zusammenhang bleibt bei künstlicher Konstanthaltung von politischen Einstellungsmustern bestehen, die sowohl das Aufkommen von RRP als auch die Austrittsbereitschaft begünstigen. Dabei ist es für die Voten derjenigen, die nicht der Meinung sind, dass der EU-Erweiterungsprozess bereits zu weit gegangen sei, allerdings unerheblich, ob es in ihrem Land elektoral erfolgreiche RRP gibt. So weist diese, die breite Mehrheit darstellende, Gruppe, naheliegenderweise unter keinen Umständen einen nennenswerten Anteil an Austrittsbereiten auf. Der Effekt der RRP geht also ausschließlich auf solche Befragte zurück, die dem bisherigen EU-Integrationsprozess gegenüber negativ eingestellt sind. Dieser Befund ist im Kontext eines weitgehenden Konsenses der übrigen politischen und medialen Akteure zur Vorteilhaftigkeit der EU-Zugehörigkeit zu verstehen. So stellen RRP häufig ein Deutungsangebot bereit, dass diesen Konsens infrage stellt. Das Kokettieren mit dem EU-Austritt legt Personen, die dem weiteren EU-Integrationsprozess kritisch gegenüber eingestellt sind, eine Handlungsoption nahe, die als radikale Konsequenz ihres Einstellungsmusters betrachtet werden kann. Offenbar fördert somit die passende Angebotsstruktur die Transformation EU-skeptischer Einstellungen in eine manifeste Ablehnung des weiteren Verbleibs in der EU.

Einleitung

Im Juni 2016 hat sich mit dem Vereinigten Königreich erstmals ein Mitglied dafür entschieden, aus der EU auszutreten.¹ In Ermangelung vergleichbarer Ereignisse sowie laufender Austrittsverhandlungen sind die Folgen des Brexits noch schwer absehbar. Vorhandene Prognosen, etwa für Ökonomie (Dhingra et al. 2016), Bildung (Mayhew 2017) und Soziales (Jarman et al. 2020), fallen allerdings meist negativ aus. Der Brexit wird häufig in einem Atemzug mit dem Aufstieg rechtsradikaler Parteien (RRP) genannt. Schließlich hat mit UKIP eine rechtspopulistische Partei die Abstimmung über den Verbleib erwirkt. Zudem war das Wahlverhalten beim Referendum im starken Maße durch eben jene Spaltungslinien geprägt, die auch die Ablehnung oder Unterstützung von RRP prägen (Hobolt 2016: 1271f.). Entsprechend zeigt sich in Bevölkerungsbefragungen in den übrigen EU-Staaten eine beträchtliche Verbreitung der Sorge vor Ausstrahlungseffekten in Form weiterer Austrittsreferenden (Walter 2020).

Aufgrund der fast ausnahmslos euroskeptischen Ausrichtung von RRP liegt die Vermutung nahe, dass sie Austrittsgedanken begünstigen. Das Beeinflussungspotential erhöht sich nicht nur durch das Möglichkeitsfenster des Brexits, sondern auch durch aktuelle Wahlerfolge. Die sich momentan vollziehende vierte Welle rechter Parteien ist durch den bisher größten Mandatszuwachs für die Parteifamilie in Europa gekennzeichnet (Mudde 2019: 19). Dass die Erfolge von RRP weitreichende und vielfältige Konsequenzen haben, ist empirisch gut belegt. So befördern sie die Polarisierung in der Bevölkerung (Bischof/Wagner 2019), verändern Debatte- und -kultur (Krzyżanowski 2020), setzen neue Themen auf die Agenda (Hobolt/de Vries 2015) und erreichen bei Wahlerfolg sogar, dass sich etablierte Parteien ihren politischen Positionen annähern (Han 2015; Meijers 2017; Abou-Chadi/Krause 2018).

Nichtsdestotrotz ist bisher nicht systematisch untersucht worden, wie das (hypothetische) Stimmverhalten von Bürgern über den Fortbestand der EU-Mitgliedschaft von der Etablierung einer erfolgreichen RRP abhängt. Dies ist wohl im Besonderen darauf zurückzuführen, dass bei der wichtigsten Datenbasis

¹ Die Austritte von Grönland und Algerien aus der damaligen EWG bzw. EG sind mit einem Austritt aus der EU in ihrer heutigen Form nur schwer zu vergleichen (s. etwa Glencross 2019: 189).

internationaler quantitativer Forschung zu Einstellungen zur europäischen Integration, dem Eurobarometer, bisher nur allgemeinere Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft erfasst werden.

In der vorliegenden Abhandlung wird mit den achte (2016/2017) und neunte (2018) Wellen des European Social Survey (ESS) nun genau dieser Zusammenhang für 30 Befragungen aus 18 EU-Ländern untersucht. Den Daten ist zu entnehmen, dass gerade einmal jeder Sechste ein Verlassen der EU bevorzugen würde. Betrachtet man nur Staaten ohne eine relevante RRP, so stimmt gemäß den eigenen empirischen Modellen selbst von denjenigen Befragten, die maximal zustimmen, dass der europäische Einigungsprozess bereits zu weit reicht, nur jeder Vierte für den EU-Austritt. Gibt es unter den etablierten Parteien dagegen eine RRP, steigt die Wahrscheinlichkeit für ein Votum gegen den Fortbestand der Mitgliedschaft mindestens auf knapp 40%. Obwohl nur eine Minderheit der Befragten eine deutlich euroskeptische Position einnimmt, schlägt sich diese bedingte Wirkung dann auch in einem signifikanten Gesamteffekt der Präsenz einer erfolgreichen RRP nieder, der einer umfassenden Drittvariablenkontrolle standhält. Es bedarf also offenbar einer Partei, die einen möglichen EU-Austritt in den politischen Diskurs einbringt, damit sich eine allgemeine Skepsis gegenüber dem europäischen Integrationsprozess in konkrete Zustimmung zum Austritt niederschlägt.

Im Folgenden wird zunächst die Positionierung von europäischen RRP zur EU-Mitgliedschaft erläutert, ehe die theoretischen Argumente für eine Wirkung des RRP-Erfolgs auf die Austrittsbereitschaft (von EU-Skeptikern) entwickelt werden. Sodann gilt es den Forschungsstand zu den Prädiktoren der Bewertung der EU-Mitgliedschaft grob zu skizzieren und vor allem die Erkenntnisse zum Effekt der RRP zu ordnen. Es schließen die Beschreibung der Datenbasis, die Erläuterung deskriptiver Informationen und schließlich die multivariaten Analysen an. Die Abhandlung endet mit einem Fazit, das Grenzen der eigenen Untersuchungen wie auch verbleibenden Forschungsbedarf beinhaltet.

Positionierung von RRP zur EU-Mitgliedschaft

Warum sollten RRP eine negative Einstellung zur EU-Mitgliedschaft begünstigen? Bedeutsam ist zunächst die Positionierung der Parteien selbst. Es lässt sich eindrucksvoll anhand von Daten der PopuList (Rooduijn et al. 2020) verdeutlichen,

dass es sich um die europakritischste Parteifamilie handelt: 72 der 80 europäischen Parteien, die dort in die Kategorie „far right“ fallen, wurden als euroskeptisch eingeordnet. Dazu passend stellen van Kessel et al. (2020) heraus, dass führende Funktionäre in den von ihnen untersuchten RRP in den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und Italien zum Brexit gratulierten und selbst mit einem potenziellen Referendum kokettierten. Auch außerhalb dieser Fallauswahl lassen sich zahlreiche Statements bekannter Politiker von RRP aufführen, die ein EU-Referendum anstrebten, wie etwa Laura Huhtasaari von PeruS (Rosendahl/Forsell 2017) und Christian Thulesen Dahl der Dansk Folkeparti (Hering 2016); vereinzelt findet sich eine solche Forderung sogar in Parteiprogrammen wieder (z.B. bei der SPD in Tschechien: <https://www.spd.cz/program/>).

Gleichwohl beobachteten van Kessel et al. (2020) für ihr Untersuchungssample, dass – den Front National bei den Wahlen 2017 ausgenommen – die Parteien der Austrittsthematik in der Folge des Brexits keine hohe Priorität zuwiesen. Keine Einnigkeit in der eigenen Wählerschaft und vor allem eine zu geringe Unterstützung in der übrigen Bevölkerung sind wohl maßgebend (van Kessel et al. 2020: 76f.). Zudem überwogen, vor allem mit einem größeren zeitlichen Abstand zum Brexit, Aussagen, wonach ein Austritt nur unter bestimmten Bedingungen angestrebt wird. Zu betonen ist schließlich, dass Drohungen der Befürwortung eines Referendums in das strategische Repertoire von RRP aufgenommen wurden. Jüngste Beispiele sind Aussagen des FPÖ-Politikers Dominik Nepp, der ein „Überdenken“ der EU-Mitgliedschaft bei Ausbleiben einer wunschgemäßen Entwicklung bestimmter policies in den Raum stellt (Der Standard 2020) und Matteo Salvini von der Lega der bei Twitter eine Diskussion über die EU ankündigt, die in Austrittsbestrebungen enden kann (Daily Sabah 2020).

Beeinflussungspotenzial von RRP auf die individuelle EU-Austrittsbereitschaft

Nachdem erläutert wurde, dass die zentrale Voraussetzung für eine Beeinflussung durch RRP – ihre Thematisierung und grundsätzliche Befürwortung eines EU-Austritts – gegeben ist, sind nun die Mechanismen, über die sich eine entsprechende Wirkung vollziehen kann, zu beschreiben.

Zur Ergründung euroskeptischer Einstellungen haben sich vier Erklärungsansätze etabliert, die auch für die Komposition der eigenen empirischen Modelle im nächsten Kapitel maßgeblich sind. Während diese Ansätze im Allgemeinen erst im Rahmen der Ergebnisbeschreibung kurz skizziert werden, gibt es ein Seit an Bestimmungsgrößen, dessen Beschreibung voranzustellen ist, da sich die interessierenden Effekte von RRP in diesem Kontext verorten lassen. Es handelt sich dabei um die Idee, dass Einstellungen zur europäischen Integration durch inhaltliche Positionierungen von politischen Eliten vorgeprägt werden. Da es sich im europäischen Raum typischerweise um die Beeinflussung durch Parteien (und zugehörige Politiker) handelt, werden Eigenschaften der Parteien zur Abbildung dieses Aspekts berücksichtigt (Hooghe/Marks 2005: 425).

Es sind zwei Wege denkbar, wie Parteien generell, und damit auch RRP im Speziellen, die Positionierung von Bürgern in einer Sachfrage verändern können (Panico 2020: 870). Bilden Anhänger einer Partei ihre Meinung in Abhängigkeit der Parteiposition, ohne dass eigene inhaltliche Erwägungen ins Kalkül einfließen, handelt es sich um einen „source effect“. Die einer solchen Entscheidungsfindung zugrundeliegenden Mechanismen lassen sich wie folgt beschreiben:

„[C]ue taking can be explained as either a rational information shortcut—individuals can expend less effort learning about an issue when they know that most of the time they agree with their party—or, alternatively, as a latent psychological bias—people are automatically (i.e., not requiring conscious awareness or control) attracted toward policies and politicians associated with their party“ (Brader et al. 2012: 1488).

Dem steht der ebenso simpel wie treffend benannte „content effect“ gegenüber, der auf die Wirkung der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Thematik einer Partei abzielt.

Brader et al. (2012: 1506) zeigen experimentell, dass Anhänger von Oppositionsparteien und Parteien mit einem klaren Profil auf der Links-Rechts-Achse besonders dazu tendieren, den Positionen ihrer Partei grundsätzlich zu folgen. Zusätzlich liegt sogar ein signifikanter Interaktionseffekt vor, der eine besonders starke Beeinflussbarkeit indiziert, wenn beide Eigenschaften zusammenkommen. Zumindest in der soziokulturellen Dimension legen RRP hohen Wert auf ein klares Profil (Rovny 2013). Dazu sind RRP, vor allem in Westeuropa, nur sehr selten in

Regierungsverantwortung, sodass für ein „blindes Folgen“ der Parteiposition somit günstige Rahmenbedingungen bestehen.

Darüber hinaus ist bei politischen Sachfragen auf EU-Ebene die Orientierung an Parteipositionen besonders stark ausgeprägt (Pannico 2020). Das geringe politische Wissen in der Bevölkerung auf dieser Ebene trägt zur Notwendigkeit einer solchen Entscheidungsheuristik bei (Hobolt 2007: 153). Diese Überlegungen sind jedoch nicht auf eine so grundsätzliche und weitreichende Frage wie den Verbleib in der EU übertragbar. Vielmehr ist zu erwarten, dass die meisten Bürger zur europäischen Einigung generell eine eigene Meinung haben oder zumindest unter dem Eindruck vieler verschiedener Erwägungen stehen. Bieten RRP nun die Möglichkeit der Ablehnung des EU-Verbleibs als neue Handlungsoption an, wird dies Bürger zu einer neuen Bewertung der Lage anregen. Für Euroskeptiker kann diese Abwägung zur Folge haben, dass ihre Einstellungsmuster sich in einer Stimme gegen den EU-Verbleib manifestieren.

RRP weisen also erstens typischerweise Eigenschaften auf, die eine hohe inhaltliche Folgsamkeit ihrer Anhänger begünstigen. Zweitens bieten sie mit der Thematisierung eines etwaigen EU-Austritts eine neue politische Alternative an, die für einen Teil der Bevölkerung konsistent mit ihren sonstigen Einstellungen zur EU sind. Insofern erscheinen also sowohl der „source effect“ als auch der „content effect“ als denkbare Wirkmechanismen.

Während diese Argumente darauf abzielen, dass Individuen eine neue Position aufgrund der Orientierung an einer Partei annehmen, geht ein weiteres Argument davon aus, dass auch Personen, die bereits dieselbe Position wie die Partei für richtig halten, in ihrem Antwortverhalten auf die Frage nach der EU-Mitgliedschaft beeinflusst werden könnten. Schließlich ist es keineswegs selbstverständlich, dass Befragte sich im Rahmen von Umfragen durchgängig zu ihren wahren politischen Ansichten bekennen. Gerade im Hinblick auf soziokulturell rechte Positionen und rechtes Wahlverhalten ist diese Problematik stets zu bedenken (Aichholzer 2017: 22). Verzerrte Angaben resultieren dabei aus dem menschlichen Bedürfnis, zu gefallen. Befragte folgern aus den ihnen bekannten sozialen Normen, welche Antworten sozial nicht erwünscht und damit tendenziell zu meiden sind. Wahlergebnisse können Individuen als Proxy für die soziale und politische Akzeptanz verschiedener

politischer Ansichten dienen (Bischof/Wagner 2019: 889). Gemäß Bischof und Wagner (2019: 890) erodieren daher die sozialen Normen in Bezug auf extrem rechte Positionen, wenn RRP ins Parlament einziehen. Hinzu kommt, dass RRP selbst durch ihre Repräsentanz im Parlament aktiv dazu beitragen, radikale Positionen salonfähig zu machen. Dazu gehört auch, dass sie dem Standpunkt eines grundsätzlichen Anzweifeln der EU-Mitgliedschaft Legitimität verleihen können.^{2,3}

Die genannten Argumente unterscheiden sich maßgeblich darin, wie sehr sie von einer vehementen und konsistenten Ablehnung der EU-Mitgliedschaft durch RRP abhängen. Vor allem die Auflösung sozialer Normen und die Verschiebung der Grenzen vertretbarer policy-Optionen sollten auch ohne striktes Durchhalten einer harten Linie durch RRP ihre Wirksamkeit entfalten. Das ist entscheidend, weil im vorherigen Kapitel gezeigt wurde, dass RRP hinsichtlich der Intensität ihrer Forderungen nach einem Referendum über die EU-Mitgliedschaft relativ flexibel sind.

Aufgrund der erläuterten Mechanismen ist insgesamt davon auszugehen, dass der Bestand einer erfolgreichen RRP den Anteil der Bevölkerung, der für einen EU-Austritt stimmen würde, erhöht. Dabei sollte der Effekt einer kritischen Einstellung zum europäischen Integrationsprozess durch die Existenz einer relevanten RRP moderiert werden. Schließlich dürfte nur bei Euroskeptikern die Ablehnung der Fortführung der EU-Mitgliedschaft befördert werden, wenn ihnen medial ein alternatives Deutungsangebot durch RRP unterbreitet wird.

Forschungsstand zur Wirkung von RRP auf Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft

Der Einfluss von RRP auf Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft ist bisher nicht untersucht worden. Im Folgenden sind daher Analysen zu referenzieren, die mit

² Es ist auch denkbar, dass RRP eine Gegenbewegung erzeugen. In dieser Logik ist es zu verstehen, dass Bischof und Wagner eine Radikalisierung auf beiden Seiten des politischen Spektrums nach Parlamentseinzug einer RRP beobachten. Allerdings ist hinsichtlich europäischer Integration in den meisten EU-Staaten ein ceiling-Effekt erwartbar – zumindest dann, wenn es um die dichotome Entscheidung für oder gegen den EU-Austritt geht.

³ Die drei Argumente – „cue taking“ von RRP, Positionsänderung durch Beschäftigung mit RRP-Vorstoß und Bekenntnis zur radikalen Position aufgrund der Legitimierung radikaler Positionen durch RRP-Wahlerfolg – sind voneinander nicht vollständig trennbar. Ist eine Position enttabuisiert, vereinfacht das bspw. nicht nur Befürwortern des betreffenden Standpunkts sich zu bekennen, sondern eröffnet auch zunächst Unentschlossenen eine ergebnisoffene Auseinandersetzung mit dem Thema.

ähnlichen Variablen vergleichbare Argumentationen zu überprüfen versuchen. Für die allgemeine Links-Rechts-Dimension ist diesbezüglich zunächst der empirische Befund herauszustellen, dass durch den Parlamentseinzug von RRP eine Radikalisierung der Bürger am rechten Rand eintritt (Bischof/Wagner 2019).

Verschiebt sich der Fokus auf spezifische Einstellungen zur EU, liegt leider keine explizite Analyse des Effekts von RRP vor. Außerdem ergründen die zu erläuternden Studien die Varianz in den Einstellungen Befragter dazu, ob die europäische Einigung bereits zu weit geht oder weiter gehen sollte. Im Hinblick auf den eigenen Untersuchungsgegenstand wären als abhängige Variable die Bewertung der EU-Mitgliedschaft oder das Stimmverhalten bei einem etwaigen Referendum über den Austritt vorzuziehen gewesen.

Hooghe und Marks (2005: 436) identifizieren die innerhalb eines Parteiensystems bestehende Streuung der Positionen zur europäischen Integration als eine der wichtigsten Determinanten der Einstellungen zur europäischen Integration. Die Beförderung euroskeptischer Haltungen durch variierende Parteipositionen ist zu berichten, da RRP die Bandbreite verteilter Standpunkte zur EU typischerweise erweitern. Eine hohe Polarisierung bewirkt außerdem, dass Parteien mit ihren Positionen einen erhöhten Einfluss auf die EU-spezifischen Ansichten ihrer Anhänger ausüben (Rae 2003: 988). Individuen mit affektiver Bindung an eine RRP dürften entsprechend verstärkt in Richtung einer ablehnenden Haltung tendieren.⁴ Ejrnæs und Jensen (2019) präsentieren schließlich einen negativen Effekt des kumulierten Stimmenanteils von extremen linken und rechten Parteien sowie Protestparteien auf die Unterstützung europäischer Integration. Eine ausgeprägte Anti-Establishment-Haltung ist der gemeinsame Nenner, der zur Zusammenfassung dieser Parteien unterschiedlichen Typs in den Analysen führte.

Es gibt demnach Hinweise darauf, dass RRP negative Haltungen gegenüber der europäischen Einigung im Allgemeinen und bei ihren Anhängern im Speziellen verstärken. Ob die passende Angebotsstruktur, geschaffen durch eine

⁴ Im Widerspruch zum negativen Effekt bei Hooghe und Marks ergibt sich nach Rae (2003: 991) aus der im polarisierten Kontext gesteigerten Orientierung an den Parteien eine gesamtgesellschaftlich positivere Einstellung zur europäischen Integration. Dies gilt, da die meisten Parteien eine unterstützende Perspektive vertreten. Auf ein Referendum zur EU-Mitgliedschaft ist dieser Gedankengang nicht übertragbar. Wie im nächsten Kapitel zu zeigen ist, sind die Unterstützungsraten für den EU-Verbleib so hoch, dass wenig Spielraum für ihre Steigerung verbleibt.

stimmenstarke RRP, die Transformation EU-skeptischer Einstellungen in eine Ablehnung des weiteren Verbleibs in der EU begünstigt, ist dagegen noch nicht untersucht worden. Eine weitere Einschränkung besteht darin, dass sich mit Rae (2003) und Marks und Hooghe (2005) zwei der aufgearbeiteten Studien noch auf die EU vor ihrer ersten Osterweiterung beziehen.

Daten und Analyse

Die meisten quantitativen Analysen zu Einstellungen zur europäischen Integration basieren auf dem Eurobarometer (Hobolt/de Vries 2016: 416). Dies gilt umso mehr für Forschung, die sich den Einstellungen zu einem potenziellen EU-Austritt widmet. Schließlich waren dies bisher die einzigen internationalen Umfragedaten mit einem entsprechenden Frageterm, die über einzelne EU-Staaten hinausgehen. Ab Ende August 2016 gingen erste Befragungen für die achte Welle des European Social Survey (ESS) ins Feld. Unter dem Eindruck des Brexit-Referendums wurde nun auch im ESS ein einschlägiges Item ergänzt. Während im Eurobarometer Befragte angehalten sind, einzuschätzen, ob die EU-Mitgliedschaft fürs eigene Land insgesamt gut, schlecht oder neutral ist, werden sie im ESS in die Situation eines (hypothetischen) Referendums über den Verbleib in der EU versetzt.⁵

Es wird wohl jedes Individuum vor der Abstimmung für oder gegen einen EU-Austritt darüber nachdenken, ob die Mitgliedschaft insgesamt vorteilhaft ist. Insofern sollten die Antworten auf die beiden genannten Fragen stark miteinander korrelieren. Jedoch dürfte es in der Gruppe derjenigen, die die Nachteile der Mitgliedschaft für überwiegend halten, teils dennoch zur Zustimmung zum weiteren Verbleib in der EU kommen. Auch wenn die EU-Mitgliedschaft bisher nicht als Erfolg betrachtet wird, können Befragte Verbesserungen im Rahmen des vorhandenen Systems einem Austritt vorziehen. Auch ist aktuell am Brexit klar erkennbar, dass bereits die Übergangsphase in verschiedenen Dimensionen Kosten verursacht, die wiederum trotz perzipiert negativer Bilanz einen Verbleib als richtige Option erscheinen lassen können. In den eigenen Analysen geht es nicht darum bloße EU-

⁵ Die Fragestellung im Eurobarometer lautet: „Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft [Deutschlands] in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache, weder gut noch schlecht oder eine schlechte Sache?“ Im ESS wird gefragt: „Stellen Sie sich vor, morgen würde eine Volksabstimmung in [Deutschland] über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union stattfinden. Würden Sie für die Fortsetzung der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union oder für einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union stimmen?“

Skepsis zu ergründen, die kein entsprechendes Verhalten nach sich zieht. Es ist vielmehr zu bestimmen, welche Befragten unter welchen Umständen tatsächlich so weit gehen würden, sich in einem Referendum gegen den Verbleib zu entscheiden, sodass folglich auf den ESS zurückgegriffen wird.⁶

Da die Erfassung dieser Informationen auch in der aktuellen Erhebung beibehalten wurde, stehen Daten aus der achten (2016/2017) und neunten Welle (2018) für die Auswertung zur Verfügung. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass die Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft im ESS bisher meines Wissens nach nicht untersucht wurden, listet Tabelle 1 zunächst die Verbreitung der Zustimmung zu dem hypothetischen Referendum nach Ländern und Befragungszeitpunkt differenziert auf. Es spricht sich in keiner der untersuchten Befragungen auch nur annähernd eine Mehrheit für einen EU-Austritt aus. In drei Viertel der Befragungen handelt es sich sogar um weniger als jeden vierten Respondenten. Bereits Jahre vor dem Brexit-Referendum waren die Zustimmungswerte für den Austritt in Großbritannien höher als die 35% in Tschechien, die das Maximum in den vorliegenden Daten markieren (YouGov 2016).

Während sich keine klaren regionalen Schwerpunkte der verstärkten Unterstützung ausmachen lassen, ist eine zeitliche Entwicklung deutlich erkennbar: Die Ablehnung für die EU-Mitgliedschaft hat sich von der achten zur neunten Welle des ESS von durchschnittlich 21% auf 14% reduziert (nur Staaten mit zwei Befragungszeitpunkten berücksichtigt). Dies steht im Einklang mit Daten des Eurobarometers, die eine zunehmende Unterstützung der EU innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten in demselben Zeitfenster indizieren (Glencross 2019: 191).

Ursächlich für diese Entwicklung könnte sein, dass mit zunehmendem Abstand zum Brexit-Referendum die Schwierigkeiten des Verhandlungsprozesses für viele Befragte offenbar wurden. Die Vorbereitungen auf einen möglichen „no deal“ waren 2018 medial stark thematisiert. Die sich dadurch aufdrängende ökonomische und politische Unsicherheit, vor allem für das Vereinigte Königreich, kann bei der

⁶ Mit dieser Entscheidung gehen weitere positive Aspekte einher. Dem ESS wird, u.a. im Vergleich mit dem Eurobarometer, eine hohe Qualität der Daten und ihrer Dokumentation zugeschrieben (Kohler 2007; Jabkowski/Kołczyńska 2020). Ferner steht der Vorwurf fehlender Wissenschaftlichkeit beim Design des Eurobarometers im Raum. Bei der Komposition des Frageprogramms sowie der Gestaltung spezifischer Items würden manipulative Entscheidungen getroffen werden, die in einer positiveren Evaluation der EU durch Befragte resultierten (Höpner/Jurczyk 2015).

individuellen Entscheidungsfindung maßgeblich sein (Glencross 2019: 189). Es handelt sich schließlich um den Präzedenzfall, der vielen als Beurteilungsmaßstab dient (de Vries 2017). Ferner wird der wenig koordinierte Umgang mit der Flüchtlingskrise auf EU-Ebene mit verminderten Unterstützungsraten assoziiert (Kang/Oh 2020). Dies steht im Einklang damit, dass Migration beim Brexit das zentrale Thema der Proponenten des Austritts war (Hobolt/Wratil 2016). 2018 waren die Asylantragszahlen gegenüber 2016 deutlich gesunken. Durch den zeitlichen Abstand zum Höhepunkt der Krise könnte der negative Effekt auf die Unterstützung der EU vermindert worden sein. Im Rahmen der multivariaten Analysen in Tabelle 2 sind beide Überlegungen zu den Hintergründen der zeitlichen Entwicklung weder zu bestätigen noch zu widerlegen. Es kann lediglich geprüft werden, ob die Niveauunterschiede in der abhängigen Variable zwischen den Befragungsrunden auch bei Kontrolle für zahlreiche Erklärungsgrößen der Austrittsbereitschaft weiterhin Bestand haben.

[Tabelle 1]

Für die multivariate Bestimmung der Determinanten der variierenden Austrittsbefürwortung der Befragten werden logistische Mehrebenenanalysen geschätzt. Dabei bilden die Befragten die Level-1-Einheiten und die Befragungen, bzw. die Länder zum Befragungszeitpunkt, die Level-2-Einheiten. Die hierarchische Datenstruktur ist zu berücksichtigen, da immerhin acht Prozent zu erklärender Varianz auf die zweite Ebene entfallen.

Es werden lediglich zwei Modelle in zwei Varianten geschätzt (s. Tabelle 2). In dem ersten Modell werden die Einstellungen zur europäischen Integration und die Existenz einer stimmenstarken RRP als separate Erklärungsgrößen verwendet. In dem zweiten Modell wird der Effekt der Skepsis gegenüber dem europäischen Integrationsprozess freigesetzt. Im Rahmen einer Cross-Level-Interaktion wird geprüft, ob die Variation dieses Effekts zwischen den verschiedenen Ländern durch das Vorhandensein einer relevanten RRP moderiert wird. Die beiden Varianten der Modelle unterscheiden sich wiederum dadurch, ob einige Variablen berücksichtigt werden, die im Rahmen der „listwise deletion“ viele fehlende Werte produzieren. Es handelt sich dabei um das Einkommen, die Links-Rechts-Selbsteinstufung und das Ausmaß an Korruption in einem Land. Mit Bulgarien (2018), Spanien (2017)

und Zypern (2018) gehen drei Level-2-Einheiten verloren und in den übrigen Befragungen sinkt die Fallzahl durch die Inklusion der betreffenden Variablen um knapp ein Viertel.

Mit der (bedingten) Wirkung von RRP auf das Votum zugunsten eines EU-Austritts weist dieser Artikel einen engen Fokus auf. Dennoch sind für die eigene Modellbildung Erkenntnisse zu den in der einschlägigen Literatur dominierenden Erklärungsansätzen wichtig. Sie sind grundlegend für eine umfassende Drittvariablenkontrolle, die eine hohe Erklärungskraft gewährleistet und die Wahrscheinlichkeit eines „omitted variables bias“ minimiert. Dies erhöht wiederum das Vertrauen in die Validität beobachteter Effekte der RRP.

[Tabelle 2]

Es haben sich vier Ansätze zur Erklärung der Einstellungen zur europäischen Integration etabliert (Hobolt/de Vries 2016: 414). Diese finden auch in den vergleichsweise wenigen Analysen zur Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes (bspw. Anderson/Shawn Reichert 1995, Gabel 1998, Carey 2002), in Modellen zum Brexit (Hobolt 2016) und in den seltenen Abhandlungen mit Bezug auf ein hypothetisches EU-Referendum Anwendung (de Vries 2017). Entsprechend berücksichtigen auch die eigenen Modelle die bewährten Determinanten. Das Variablen-set orientiert dabei besonders an Ejrnæs und Jensen (2019), die einen der wenigen Artikel über Einstellungen zu europäischer Integration auf Grundlage des ESS verfassten. In den eigenen Modellen werden nahezu alle Erwartungen bestätigt, die die klassischen Ansätze nahelegen, wie in den folgenden Absätzen zu erläutern ist.

Der utilitaristische Ansatz stellt darauf ab, dass sich die EU-Unterstützung aus einer Kosten-Nutzen-Analyse für sich selbst und den eigenen Staat ergibt (Anderson/Shawn Reichert 1995). Entscheidend für die Kalkulation sind auf Individual-ebene vor allem soziodemographische Merkmale. Die Modelle zeigen, dass mit steigendem Bildungsgrad, höheren Einkommen und keiner aktuellen Phase der Arbeitslosigkeit eine Befürwortung der Fortsetzung der Mitgliedschaft wahrscheinlicher wird. Diese erwartungskonformen Effekte einer hohen Ressourcenausstattung stehen im Einklang mit Überlegungen zu Globalisierungsverlierern (Hobolt 2016: 1260). Für die operativen Haushaltssaldi als einzige einschlägige Aggregatvariable ergibt sich kein überzufälliger Effekt (Daten: Europäische Kommission 2019).

Schon bald wurden die klassischen ökonomischen Modelle, um Variablen ergänzt, die die wahrgenommene Bedrohung der nationalen Identität durch die EU erfassen (McLaren 2002). Die EU betreibt ein „pooling of sovereignty that potentially erodes national self-determination and blurs boundaries between distinct national communities“ (Hobolt 2016: 1265). Damit im Einklang hat sich die Stärke der nationalen Identität für das Wahlverhalten zum Brexit als erklärungsmächtig erwiesen (Hobolt 2016: 1269). In der hier gewählten Operationalisierung, als Differenz zwischen nationaler und europäischer Identität, zeigt sich ebenfalls ein entsprechender Effekt über alle Modellspezifikationen. Dazu hat sich im Bereich wahrgenommener kultureller Bedrohung die Beurteilung von Migration als wesentlich erwiesen (Hobolt 2016: 1270). Im ESS sind Befragte dazu angehalten, ein Gesamtfazit darüber ziehen, ob das eigene Land von Migration profitiert. Tatsächlich gilt, dass mit positiverer Beurteilung der Auswirkungen von Einwanderung die Wahlabsicht zugunsten eines EU-Verbleib wahrscheinlicher wird.

Die Signaltheorie überträgt die Erkenntnis, dass sich Bürger bei Europawahlen stark an nationaler Politik orientieren, auf EU-Referenden zur Vertiefung des Integrationsprozess (Franklin et al. 1995: 109). Die eigenen Modelle stützen diese Sichtweise insofern, als eine positive Beurteilung der nationalen Ökonomie und der nationalen Regierung die Stimme für den Verbleib in der EU begünstigen. Bei positiver Evaluation nationaler Indikatoren wird also eher diejenige Position vertreten, die typischerweise auch die nationalen Regierungen einnehmen. Die Verbreitung von Korruption im eigenen Land, bemessen am Bayesian Corruption Index (BCI), erweist sich hingegen als kein prägender Bestimmungsfaktor (Daten: Teorell et al. 2020). Das steht im Kontrast zu den Befunden von Ejrnæs und Jensen (2019), die allerdings die allgemeine Ansicht zur europäischen Integration als abhängige Variable verwenden. Es scheint demnach die grundsätzliche Skepsis gegenüber der Europäisierung durch Korruption beeinflusst zu werden, nicht aber das Stimmverhalten bei einem Referendum über den Fortbestand der Mitgliedschaft.

Der letzte zu beschreibende Ansatz wird unter der Bezeichnung des „cue-taking“ subsumiert. Statements von Parteien werden als Hinweise für eine akzeptable Position gewertet, die von den affilierten Personen als Heuristik einer eigenen aufwendigen Abwägung verschiedener Optionen vorgezogen werden (Ray 2003). Auch wenn die eigenen theoretischen Erläuterungen nahelegen, dass sich

Parteipositionen auch auf andere Weise auswirken können, ist die Präsenz von RRP in diesem Kontext einzuordnen.

Ob es in einem Land eine für den öffentlichen Diskurs *relevante* RRP gibt, wird daran festgemacht, ob eine solche Partei bei der zeitlich nächsten nationalen Unterhauswahl mindestens 10% der Stimmen erreicht hat.⁷ Dies ist mit Belgien (VB), Deutschland (AfD), Finnland (PS), Frankreich (FN/RN), Italien (Lega), den Niederlanden (PVV), Österreich (FPÖ), Polen (PiS), Schweden (SD), Tschechien (SPD) und Ungarn (Fidesz) in elf der 18 untersuchten Länder der Fall.⁸ Erwartungsgemäß erhöht das Vorhandensein einer relevanten RRP die Wahrscheinlichkeit eines Votums für den EU-Austritt, wie sich in den Modellen M1a und M1b zeigt. Dieser Effekt besteht allerdings nicht für alle Befragten gleichermaßen. In M2a und M2b deutet der Interaktionseffekt darauf hin, dass es eines Mindestmaßes an Euroskeptizismus bedarf, damit die Existenz einer stimmenstarken RRP sich in den Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft niederschlägt. In Abbildung 1 ist dieser Zusammenhang für beide Modelle graphisch darstellt. Dabei zeigt sich der bemerkenswerte Unterschied, den die Existenz einer relevanten RRP für Euroskeptiker ausmacht: Für Befragte, die der Aussage vollständig zustimmen, die europäische Integration sei bereits zu weit gegangen, besteht, auf Basis von M1b und auf die reine Punktschätzung bezogen, eine Steigerung der Wahlwahrscheinlichkeit für das Verlassen der EU von 26% auf 44%. Die Effektstärke ist im Modell M1b im Vergleich zum umfassenderen Modell M2b etwas stärker ausgeprägt. Zudem ist die Cross-Level-Interaktion in M2b nur auf dem 1%-Niveau signifikant.

[Abbildung 1]

⁷ Häufig wird der Einzug ins Parlament als Relevanzgrenze gesetzt (etwa Bischof/Wagner 2019). Hier wird dagegen der Argumentation gefolgt, dass es eine Beeinflussung des öffentlichen Diskurses braucht, die sich bei einer marginalen Partei am Rande des Ausscheidens aus dem Parlament weniger wahrscheinlich einstellt als bei einer Partei, die sich aufgrund eines sicheren Vorsprungs zur effektiven Wahlhürde institutionalisieren kann. Auch in anderen Studien wird das Überschreiten von 10% der Wählerstimmen als Schwellenwert behandelt; etwa bei Abou-Chadi und Krause (2018) bei der Operationalisierung etablierter Parteien.

⁸ Die Kategorisierung der RRP erfolgte auf Basis von „PopuList“ (Rooduijn et al. 2020), wobei jede Partei, die dort als „far right“ geführt ist, hier als RRP betrachtet wird. Diese Datenquelle bietet sich u.a. aufgrund ihrer vollständigen Erfassung der EU-Staaten an. Für die eigenen Analysen ist lediglich die wichtigste RRP in einem Land relevant. Ein Abgleich verschiedener Quellen offenbart, dass es bezüglich großer RRP eine sehr hohe Übereinstimmung gibt (s. bspw. Mudde 2014 und die darauf basierende Erweiterung von Cavallaro et al. 2018: 331).

Fazit und Ausblick

Im Nachgang des Brexit-Referendums haben Funktionäre zahlreicher europäischer RRP eine mögliche Aufkündigung der EU-Mitgliedschaft ihres eigenen Landes ins Gespräch gebracht. Sie haben damit vielerorts den Korridor der durch parlamentarische Parteien zur europäischen Integration vertretenen Positionen erweitert. Gegenstand dieses Artikels war die Überprüfung, ob RRP damit auch den Zuspruch in der Bevölkerung zu einem EU-Austritt erhöht haben. Mit den Daten des ESS konnten erstmals überhaupt im Rahmen eines groß angelegten internationalen Datensatzes die Determinanten der Wahlabsicht bei einem hypothetischen Referendum über den Fortbestand der EU-Mitgliedschaft untersucht werden.

Im Wesentlichen sind drei Argumente für eine diesbezügliche Wirkung von stimmenstarken RRP zu nennen. Erstens können Anhänger einer solcher Partei schlicht der Parteiposition folgen. Zweitens dürfte vielen Bürgern der EU-Austritt erst aufgrund der Thematisierung durch eine RRP als mögliche Handlungsoption erscheinen. Es kann sich bei einer bereits bestehenden kritischen Einstellung zur europäischen Einigung eine Präferenz für das Verlassen der EU anschließen. Drittens sind Befürworter eines EU-Austritts bei Vorhandensein einer erfolgreichen RRP eher dazu bereit, sich zu ihrer Meinung zu bekennen. Die soziale Akzeptanz eines politischen Standpunkts erhöht sich nämlich, wenn eine erfolgreiche parlamentarische Partei damit assoziiert wird.

Die empirischen Befunde legen nahe, dass mindestens einer dieser Mechanismen tatsächlich wirksam sein muss. Schließlich erhöht sich in den geschätzten Modellen bei Präsenz einer relevanten RRP im Parteiensystem die Austrittsbereitschaft in der Bevölkerung. Die ausgeführten Argumente unterstellen vor allem bei denjenigen Individuen ein Beeinflussungspotenzial, die bereits eine kritische Grundhaltung zum europäischen Integrationsprozess verinnerlicht haben. In Übereinstimmung damit resultiert die erhöhte Ablehnungsrate ausschließlich aus einer erheblich gesteigerten Austrittsbereitschaft in der Gruppe der Euroskeptiker.

Wie sind die Befunde nun abschließend zu beurteilen? Aus demokratietheoretischer Perspektive erscheint es zunächst normativ wünschenswert, in den relevanten Dimensionen des politischen Wettbewerbs eine höhere Kongruenz zwischen Bevölkerung und Parlament herzustellen (Pitkin 1967). Die beobachteten Effekte

lassen sich aber nicht nur so deuten, dass EU-Skeptiker ein politisches Angebot erhalten haben, durch das sie sich besser repräsentiert fühlen. Vielmehr kann die durch RRP verstärkte Überführung von grundsätzlicher Kritik am Integrationsprozess in eine konkrete Ablehnung der EU-Mitgliedschaft auch als Zeichen von Radikalisierung begriffen werden. Da sich nur jeder sechste Befragte zur Stimme gegen den EU-Verbleib bekennt, entsteht der Eindruck, dass die praktischen Konsequenzen der beschriebenen Zusammenhänge limitiert sind. Allerdings kann sich die politische Stimmung in Ländern mit vergleichsweise geringer Unterstützung der Bevölkerung für die EU, auch und gerade unter dem Eindruck eines externen Schocks, schnell aufheizen. Genau dies zeigt sich für Italien im April 2020 unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Dort bekundet nun mit 46% bald die Hälfte der Befragten eine Wahlabsicht gegen einen EU-Verbleib (Bremer/Genschel 2020). Dies ist eine enorme Steigerung gegenüber den ESS-Daten mit 21% 2017 und 29% 2018. Erwartungsgemäß sind die Anhänger der stimmenstärksten RRP im Land der EU-Mitgliedschaft gegenüber am negativsten eingestellt: 69% der Wähler der Lega würden zum Befragungszeitpunkt für den EU-Austritt stimmen.

Bei einer der ersten Untersuchungen einer Thematik ist unweigerlich mit verschiedenen Limitationen zu rechnen. Diese Abhandlung stellt diesbezüglich keine Ausnahme dar. Zwar konnte gezeigt werden, dass die Wirkung der RRP einer Kontrolle für Euroskeptizismus standhält. Gleichwohl ist einzuräumen, dass die Determinanten der Austrittsbereitschaft noch nicht umfassend bekannt sind und so zur Prüfung der Robustheit der Befunde künftig zusätzlich relevante Erklärungsgrößen zu berücksichtigen sein werden.

Ferner gehen die präsentierten Analysen nicht darüber hinaus, den Gesamteffekt erfolgreicher RRP auf die Austrittsbereitschaft zu modellieren. Ob dieser tatsächlich auf die in der Theorie ausgeführten Mechanismen zurückzuführen ist und wie relevant die verschiedenen Argumente empirisch sind, bleibt vorerst unklar. Für eine solche Ergänzung bedarf es externer Informationen, die dem ESS zuzuspielen wären. Dabei ist vor allem die mediale Kommunikation der Parteien zum Fortbestand der EU-Mitgliedschaft zu beachten.

Darüber hinaus bräuchte es im besten Fall Paneldaten zur Überprüfung, ob der beobachteten Korrelation tatsächlich ein Kausalzusammenhang zugrunde liegt.

Neben der fehlenden Datenverfügbarkeit besteht hier eine besondere Herausforderung darin, die Zeitverzögerung verschiedener Wirkungen sinnvoll zu modellieren. Bei der Verschiebung des Diskursrahmens ist etwa denkbar, dass es sich um einen schleichenden Prozess handelt, der sich nicht sprunghaft durch einzelne Statements vollzieht.

Schließlich lässt sich auf Grundlage der verwendeten Daten nicht abschätzen, inwiefern die von RRP ausgehenden Effekte auch vor dem Brexit-Referendum schon bestanden. Die PVV in den Niederlanden etwa hat auch damals schon einen EU-Austritt propagiert (van Kessel et al. 2020: 70). Dieser Frage kann sich lediglich über die Eurobarometerdaten angenähert werden, wobei dann mit einer proxy-Variablen für das Abstimmungsverhalten bei einem hypothetischen Referendum Vorlieb zu nehmen wäre.

Literaturverzeichnis

Abou-Chadi, Tarik; Krause, Werner (2018): The causal effect of radical right success on mainstream parties' policy positions: A regression discontinuity approach. In: *British Journal of Political Science* 50 (3), S. 1–19.

Aichholzer, Julian (2018): Different survey modes, different results? Mode effects and social desirability in the vote for the FPÖ. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 47 (2), S. 21–33.

Anderson, Christopher J.; Shawn Reichert, M. (1995): Economic benefits and support for membership in the EU: A cross-national analysis. In: *Journal of Public Policy* 15 (3), S. 231–249.

Bischof, Daniel; Wagner, Markus (2019): Do voters polarize when radical parties enter parliament? In: *American Journal of Political Science* 63 (4), S. 888–904.

Brader, Ted; Tucker, Joshua A.; Duell, Dominik (2013): Which parties can lead opinion? Experimental evidence on partisan cue taking in multiparty democracies. In: *Comparative Political Studies* 46 (11), S. 1485–1517.

Bremer, Björn; Genschel, Philipp (2020): Corona Solidarity. EUIdeas Online verfügbar unter: <https://euideas.eui.eu/2020/05/07/corona-solidarity/>.

Carey, Sean (2002): Undivided loyalties: is national identity an obstacle to European integration? In: *European Union Politics* 3 (4), S. 387–413.

Cavallaro, Matteo; Flacher, David; Zanetti, Massimo Angelo (2018): Radical right parties and European economic integration: Evidence from the seventh European Parliament. In: *European Union Politics* 19 (2), S. 321–343.

Daily Sabah (2020): Beat the virus first, then say 'goodbye to EU' if necessary, Italy's Salvini says, 20.03.2020. Online verfügbar unter: <https://www.dailysabah.com/world/europe/beat-the-virus-first-then-say-goodbye-to-eu-if-necessary-italys-salvini-says>.

Der Standard (2020): FPÖ will bei Wien-Wahl über EU-Austritt Österreichs diskutieren, 22.08.2020. Online verfügbar unter: <https://www.derstandard.de/story/2000119522441/fpoe-will-bei-wien-wahl-ueber-eu-austritt-oesterreichs-diskutieren>.

De Vries, Catherine E. (2017): Benchmarking Brexit: How the British decision to leave shapes EU public opinion. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 55, S. 38.

Dhingra, Swati; Ottaviano, Gianmarco I. P.; Sampson, Thomas; van Reenen, John (2016): The consequences of Brexit for UK trade and living standards. London: LSE.

Ejrnæs, Anders; Jensen, Mads Dagnis (2019): Divided but united: explaining nested public support for European integration. In: *West European Politics* 42 (7), S. 1390–1419.

Europäische Kommission (2019): Operating budgetary balance (% GNI). Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/info/publications/operating-budgetary-balance-gni_en.

Gabel, Matthew J. (1998): Economic integration and mass politics: Market liberalization and public attitudes in the European Union. In: *American Journal of Political Science* 42 (3), S. 936–953.

Glencross, Andrew (2019): The impact of the Article 50 talks on the EU: Risk aversion and the prospects for further EU disintegration. In: *European View* 18 (2), S. 186–193.

Hering, Bodo (2016): Brexit: Sind Holland und Dänemark die nächsten? In: *Berlin Journal*, 25.06.2016. Online verfügbar unter <https://www.berlinjournal.biz/brexit-sind-holland-und-daene-mark-die-naechsten/>.

Hobolt, Sara B. (2007): Taking cues on Europe? Voter competence and party endorsements in referendums on European integration. In: *European Journal of Political Research* 46 (2), S. 151–182.

Hobolt, Sara B. (2016): The Brexit vote: a divided nation, a divided continent. In: *Journal of European Public Policy* 23 (9), S. 1259–1277.

Hobolt, Sara B.; de Vries, Catherine E. (2015): Issue entrepreneurship and multiparty competition. In: *Comparative Political Studies* 48 (9), S. 1159–1185.

- Hobolt, Sara B.; de Vries, Catherine E. (2016): Public support for European integration. In: *Annual Review of Political Science* 19, S. 413–432.
- Hobolt, Sara; Wratil, Christopher (2016): Which argument will win the referendum—immigration, or the economy?, *LSE EUROPP blog*. Online verfügbar unter: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2016/06/21/brexit-winning-argument-immigration-or-economy/>.
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary (2005): Calculation, community and cues: Public opinion on European integration. In: *European Union Politics* 6 (4), S. 419–443.
- Höpner, Martin; Jurczyk, Bojan (2015): How the Eurobarometer blurs the line between research and propaganda, MPIfG Discussion Paper, No. 15/6, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne.
- Jabkowski, Piotr; Kołczyńska, Marta (2020): Sampling and Fieldwork Practices in Europe: Analysis of Methodological Documentation From 1,537 Surveys in Five Cross-National Projects, 1981–2017. In: *Methodology* 16 (3), S. 186–207.
- Jarman, Holly; Greer, Scott L.; McKee, Martin (2020): Brexit is just a symptom: the constitutional weaknesses it reveals have serious consequences for health. In: *Journal of Public Health*.
- Kang, Yoo-Duk; Oh, Chang-Rhyong (2020): Spreading Euroscepticism and its macro-level determinants: empirical analysis of Eurobarometer survey in 2004–2017. In: *Journal of Contemporary European Studies*, S. 1–18.
- Mayhew, Ken (2017): UK higher education and Brexit. In: *Oxford Review of Economic Policy* 33 (suppl_1), S155–S161.
- McLaren, Lauren M. (2002): Public support for the European Union: cost/benefit analysis or perceived cultural threat? In: *Journal of Politics* 64 (2), S. 551–566.
- Meijers, Maurits J. (2017): Contagious Euroscepticism: The impact of Eurosceptic support on mainstream party positions on European integration. In: *Party Politics* 23 (4), S. 413–423.
- Mudde, Cas (2014): The far right and the European elections. In: *Current History* 113 (761), S. 98–103.
- Mudde, Cas (2019): *The far right today*. Cambridge: Polity Press.
- Pannico, Roberto (2020): Parties are always right: the effects of party cues and policy information on attitudes towards EU issues. In: *West European Politics* 43 (4), S. 869–893.
- Pitkin, Hanna F. (1967): *The concept of representation*. Berkeley: University of California Press.
- Rooduijn, Matthijs; van Kessel, Stijn; Froio, Caterina; Pirro, Andrea; Lange, Sarah de; Halikiopoulou, Daphne et al. (2019): *The PopuList: An overview of populist, far right, far left and Eurosceptic parties in Europe*.
- Rosendahl, Jussi; Forsell, Tuomas (2017): Presidential hopeful wants Finland out of EU, says nationalists will bounce back, 13.12.2017. Online verfügbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-finland-eurosceptics/presidential-hopeful-wants-finland-out-of-eu-says-nationalists-will-bounce-back-idUSKBN1E722V>.
- Rovny, Jan (2013): Where do radical right parties stand? Position blurring in multidimensional competition. In: *Central European Political Science Review* 5 (1), S. 1–26.
- Teorell, Jan; Kumlin, Staffan; Dahlberg, Stefan; Holmberg, Sören; Rothstein, Bo; Alvarado Pachon, Natalia; Axelsson, Sofia (2020): *The Quality of Government OECD Dataset, version Jan20*. University of Gotenburg: The Quality of Government Institute.
- van der Eijk, Cees; Franklin, Mark N. (2004): Potential for contestation on European matters at national elections in Europe. In: Marks, Gary; Steenbergen Marco (Hg.): *European Integration and Political Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 32–50.
- van Kessel, Stijn; Chelotti, Nicola; Drake, Helen; Roch, Juan; Rodi, Patricia (2020): Eager to leave? Populist radical right parties' responses to the UK's Brexit vote. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 22 (1), S. 65–84.
- Walter, Stefanie (2020): How the EU-27 public views the Brexit negotiations. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies*.

YouGov (2016): The YouGov view: Leave is ahead but fundamentals favour Remain, 24.02.2016.
Online verfügbar unter: <https://yougov.co.uk/topics/politics/articles-reports/2016/02/24/yougov-view-eu-referendum-polling>.

Tabelle 1: Ablehnungsrate zur EU-Mitgliedschaft (in %)

Land	Befragungsjahr		Δ
	2016/2017	2018	
Belgien	16%	9%	-7Pp.
Bulgarien	-	14%	-
Deutschland	14%	9%	-5Pp.
Finnland	28%	16%	-12Pp.
Frankreich	25%	19%	-6Pp.
Irland	11%	6%	-5Pp.
Italien	29%	21%	-8Pp.
Litauen	12%	-	-
Niederlande	23%	11%	-12Pp.
Österreich	28%	17%	-10Pp.
Polen	9%	5%	-4Pp.
Portugal	14%	-	-
Schweden	25%	-	-
Slowenien	19%	13%	-7Pp.
Spanien	9%	-	-
Tschechien	35%	25%	-10Pp.
Ungarn	16%	12%	-4Pp.
Zypern	-	15%	-
$\emptyset$	20%	14%	-

Tabelle 2: Logistische Mehrebenenanalysen zur Erklärung eines Votums gegen den EU-Verbleib im hypothetischen Referendum

	M1a		M2a		M1b		M2b	
Level 1								
Geschlecht (Referenz: Mann)	-0,091**	(0,030)	-0,082**	(0,030)	-0,090*	(0,036)	-0,079*	(0,036)
Alter in Jahren	-0,003***	(0,001)	-0,003***	(0,001)	-0,004***	(0,001)	-0,004***	(0,001)
Bildungsgrad	-0,127***	(0,009)	-0,128***	(0,009)	-0,127***	(0,012)	-0,129***	(0,012)
Arbeitslosigkeit in den letzten 3 Monaten (ja/nein)	-0,296***	(0,032)	-0,286***	(0,033)	-0,287***	(0,038)	-0,281***	(0,038)
Netto-Äquivalenzeinkommen (z-standardisiert)					-0,182***	(0,020)	-0,182***	(0,021)
Bewertung Immigration	-0,140***	(0,007)	-0,141***	(0,007)	-0,149***	(0,009)	-0,149***	(0,009)
Differenz: Europäische und nationale Identität	-0,135***	(0,006)	-0,134***	(0,006)	-0,122***	(0,007)	-0,123***	(0,007)
Differenz: Vertrauen Europaparlament und nationales Parlament	-0,100***	(0,007)	-0,096***	(0,007)	-0,097***	(0,008)	-0,093***	(0,008)
Zufriedenheit mit der Regierung	-0,088***	(0,008)	-0,084***	(0,008)	-0,099***	(0,010)	-0,095***	(0,010)
Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage	-0,079***	(0,009)	-0,081***	(0,009)	-0,079***	(0,011)	-0,081***	(0,011)
Links-Rechts-Selbsteinstufung					0,050***	(0,008)	0,051***	(0,008)
External efficacy	-0,107***	(0,022)	-0,097***	(0,022)	-0,102***	(0,026)	-0,097***	(0,026)
Befürwortung europäischer Integration	-0,305***	(0,007)	-0,216***	(0,027)	-0,318***	(0,008)	-0,231***	(0,036)
Level 2								
Operativer Haushaltssaldo	-0,051	(0,059)	-0,065	(0,081)	-0,053	(0,095)	0,123	(0,125)
Korruptionsindex (BCI)					-0,002	(0,009)	-0,022*	(0,011)
Relevante RRP (ja/nein)	0,389*	(0,166)	0,953***	(0,234)	0,318	(0,196)	0,875***	(0,262)
9. Welle des ESS (Referenz: 8. Welle)	-0,375*	(0,148)	-0,319	(0,207)	-0,448**	(0,161)	-0,385	(0,212)
Cross-Level-Interaktion								
Befürwortung europäischer Integration * relevante RRP (ja/nein)			-0,135***	(0,032)			-0,116**	(0,041)
Konstante	2,167***	(0,193)	1,734***	(0,251)	2,195***	(0,307)	2,215***	(0,385)
Varianz Regressionskonstante	0,155***	(0,042)	0,295***	(0,083)	0,159***	(0,046)	0,261**	(0,081)
Varianz Regressionskoeffizient			0,005**	(0,002)			0,006**	(0,002)
Anzahl Befragte (Level 1)	43988		43988		32414		32414	
Anzahl Länder * Jahre (Level 2)	30		30		27		27	
Devianz	29886		29720		21396		21302	

Dargestellt sind die unstandardisierten Logit-Koeffizienten und die Standardfehler (in Klammern). *** $p < 0,001$, ** $p < 0,01$, * $p < 0,05$

Abbildung 1: Vorhersagte Wahlwahrscheinlichkeit für EU-Austritt in Abhängigkeit der Interaktion von Einstellung zur europäischen Integration und der Existenz einer relevanten RRP (M1b und M2b, 5%-Konfidenzintervall)

